



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

### Fachgespräch zum Aktionsplan Queer

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie führt ein Fachgespräch zum Thema „Bayerischer Aktionsplan Queer“ durch.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte behandelt werden:

- außerbayerische Perspektive auf den Aktionsplan, Vergleich mit Aktionsplänen anderer Bundesländer
- Auswirkungen des Aktionsplans auf die Arbeit der Bayerischen Verbände und Initiativen im Bereich LSBTIQ\*
- konkrete Maßnahmen im Bereich Schule und Bildung
- kurz-, mittel- und langfristige Wirkungsziele des „Bayerischen Aktionsplans Queer“ und Messbarkeit dieser Ziele
- Maßnahmen, die über bereits laufende Programme hinaus gehen, Zusätzlichkeit dieser Angebote
- Sicherstellung der Umsetzung der geplanten Aufgaben bei kommunalen und freien Trägern
- operative Verantwortung für die Umsetzung des Aktionsplans, interministerielle Koordination

### Begründung:

Der vom Ministerrat am 16.6.26 beschlossene „Bayerischer Aktionsplan Queer“ wurde in einem langen Beteiligungsprozess mit der Community erarbeitet. Der Landtag als Legislative war in diesem Prozess allenfalls begleitend über die Teilnahme einzelner Abgeordneter an Arbeitsgesprächen eingebunden bzw. wurde auf Antrag über den Prozess informiert. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie befasst sich regelmäßig mit Themen der queeren Community. Eine parlamentarische Beteiligung an den konkreten Inhalten bzw. eine vertiefte Diskussion darüber hat bisher aber nicht stattgefunden. Ein Fachgespräch unter Einbindung der Verbände und Initiativen aus der bayerischen LSBTIQ\*-Community und auch einer externen Perspektive würde diese Lücke schließen und dazu beitragen, dass sowohl im Parlament als auch in den Staatsministerien Umsetzung und Weiterentwicklung des Aktionsplans vorangetrieben werden.